

**38**  
**75**

# Union in Deutschland

Bonn, den 18. September 1975

## Die Wende erkämpfen

**Die Einheit von CDU und CSU war in der Vergangenheit — und das gilt auch für die Zukunft — ein entscheidendes Stück Voraussetzung für eine positive Entwicklung des Schicksals unseres Vaterlandes, erklärte Helmut Kohl vor dem CSU-Parteitag in München. Diese historische Pflicht bleibt bestehen, und wir haben ihr gerecht zu werden.**

Wir kämpfen gemeinsam um jede Stimme in diesem Lande für eine Zukunft in einer freiheitlichen Grundordnung und gegen jegliche Art von sozialistischer Indoktrination. Die Entscheidungslinie ist klar: Es geht um die Freiheit, es geht um die Würde des Menschen, des einzelnen wie des Ganzen. Hier gibt es keine Kompromisse. Denn es ist Zeit zu einer Wende zum Besseren in der deutschen Politik. Wir wollen diese Auseinandersetzung kämpferisch und offensiv führen, und wir rufen alle unsere Mitbürger in allen deutschen Landen auf, sich der Herausforderung um die politisch-moralische und geistige Führung zu stellen.

Wir haben gute Chancen, wir haben sie dann, wenn wir den Weg gemeinsam gehen und wenn wir wissen, daß das schwierigste und das steinigste Wegstück noch vor uns liegt.

### ■ EUROPA

Das Europa der Mitte formiert sich. In Salzburg wurde die Gründung einer Dachorganisation beschlossen. Seite 4

### ■ MOSKAUREISE

Helmut Kohl erklärt Sinn und Zweck seiner am 22. September beginnenden Reise in die Sowjetunion. Seiten 5—6

### ■ VERBRAUCHER

Die Union tritt für einen verstärkten Rechtsschutz des einzelnen Verbrauchers gegenüber dem meist überlegenen Partner der Wirtschaft ein. Seiten 11—12

### ■ MEDIEN

Mit wahrheitswidrigen Vorwürfen gegen die CDU und CSU versucht die SPD von der Tatsache abzulenken, daß sie den beherrschenden Einfluß in Funk und Fernsehen ausübt. Seite 13

### ■ WOHNUNGSBAU

Die Alternative der CDU/CSU zu der gescheiterten, eigentumsfeindlichen und den Wünschen der Bürger nicht gerecht werdenden Wohnungspolitik der SPD bringt Uid in der Dokumentation

## ■ INFORMATIONEN

### Keine Wahlkampfgelder aus öffentlichen Kassen

Zu den gegenwärtigen Beratungen über ein Wahlkampf-Begrenzungs-Abkommen stellte Generalsekretär Prof. Biedenkopf fest: Ein Abkommen der Parteien über Art und Weise des Wahlkampfes sowie dessen Kosten wäre sicher sinnvoll. Allerdings müßten sich die Regierungsparteien dann auch wirklich daran halten. SPD und FDP müßten alle Mittel, die sie aus öffentlichen Kassen entnehmen, in ein solches Abkommen mit einbringen, oder sich verpflichten, unter keinen Umständen solche Gelder für Wahlkampfpzwecke zu verwenden. Das gleiche gelte auch für Mittel, die von den Gewerkschaften bereitgestellt würden. In NRW hätten die Gewerkschaften ihre Presse einseitig zugunsten der SPD eingesetzt.

### Helmut Kohl würdigt Vertriebene

Die CDU bewertet nach den Worten ihres Vorsitzenden Helmut Kohl „voller Respekt“ den geschichtlichen Beitrag der Vertriebenen beim Aufbau der Bundesrepublik. Sie bietet den Vertriebenen, die sich zur politischen Einigung Europas und zur Verteidigung der Freiheit bekennen, politische Heimat und die „Unterstützung ihrer berechtigten Anliegen“, erklärte der Parteivorsitzende zum „Tag der Heimat“.

### Parteien einig über neue Bundesverfassungsrichter

Die SPD/FDP-Koalition und die CDU/CSU haben sich über die neuen Bun-

desverfassungsrichter geeinigt. Beide Seiten akzeptierten die Kandidaten der jeweils anderen Liste. Damit steht fest, daß am 19. September von Bundestag und Bundesrat auf Koalitionsvorschlag Wolfgang Zeidler (neuer Vizepräsident), Helmut Simon und Konrad Hesse sowie auf CDU/CSU-Vorschlag Engelbert Niebler, Dietrich Katzenstein und Helmut Steinberger gewählt werden.

### Vetter verstieß gegen die Neutralität des DGB

Zu den Enthüllungen beim Guillaume-Prozeß über die illegitime Weitergabe von Nachrichten aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz und von vertrau-

### 24. Bundesparteitag 24./26. Mai 1976 in Hannover

Der 24. Bundesparteitag der CDU Deutschlands wird vom 24. bis 26. Mai 1976 in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover stattfinden. Wie CDU-Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke mitteilt, werden die Landes-, Bezirks- und Kreisverbände gebeten, sich in ihrer langfristigen Terminplanung auf diesen Zeitpunkt einzustellen.

lichen Gesprächen des DGB an die SPD-Spitze, erklärte Prof. Kurt H. Biedenkopf:

Die CDU nimmt mit Betroffenheit und Enttäuschung davon Kenntnis, daß über ein gemeinsames vertrauliches Gespräch des DGB-Bundesvorstandes und des Präsidiums der CDU vom Bundesvorstand des DGB ein Protokoll angefertigt und vom DGB-Vorsitzenden Vetter an den Vorsitzenden der Sozial-

demokratischen Partei, Brandt, weitergeleitet worden ist.

Die CDU ist seit Jahren um ein sachliches Gespräch und eine Zusammenarbeit mit den deutschen Gewerkschaften zum Wohle unseres Landes und seiner arbeitenden Bevölkerung bemüht. Vertrauliche Gespräche zwischen den führenden Persönlichkeiten der Gewerkschaften und den Spitzengremien der Partei dienen vor allem auch diesem Ziel. Der Sinn solcher Gespräche wird in Frage gestellt, und damit die Möglichkeit einer Zusammenarbeit der CDU mit den Gewerkschaften gefährdet, wenn die CDU befürchten muß, daß ihre Gesprächspartner den Inhalt der Gespräche an den politischen Gegner weitergeben.

## Gerhard Schröder wurde 65

Gerhard Schröder, Vorsitzender des Außenpolitischen Bundestagsausschusses, erhielt am 11. September zu seinem 65. Geburtstag von Helmut Kohl Glückwünsche in einem persönlichen Handschreiben, in dem seine Verdienste dankbar gewürdigt werden. Schröder, der in Saarbrücken geboren wurde und als Anwalt in Berlin tätig war, gehört seit 1949 dem Deutschen Bundestag an und diente von 1953 bis 1969 der Bundesrepublik als Bundesminister des Inneren, des Auswärtigen und der Verteidigung. Zu seinen Verdiensten zählen u. a. die ersten intensiveren Kontaktaufnahmen der Bundesrepublik zu Ländern des Ostblocks. Dr. Gerhard Schröder ist seit 1955 Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

## STICHWORTE

### In Berlin

*hat sich in Anwesenheit von Helmut Kohl die CDU/CSU-Fraktion am Montag und Dienstag auf die große Bundestags-Debatte über die Wirtschafts- und Finanzlage vorbereitet.*

### Für den Freikauf

*von 9 000 politischen Häftlingen aus der DDR hat die Bundesrepublik bisher rd. 448 Millionen DM bezahlt.*

### Für den Austausch

*von Wehrpflichtigen innerhalb der westeuropäischen Staaten hat sich der Deutsche Bundeswehr-Verband ausgesprochen.*

### Zum neuen Vorsitzenden

*der christlich-demokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments wurde der Belgier Alfred Bertrand gewählt. Seinem Vorgänger Hans A. Lückner, MdB, dessen Mandat abgelaufen war, dankte die Fraktion herzlich für seine bisherige Tätigkeit.*

### Spektakuläre Gewinne

*der CDU und hohe Verluste der SPD waren bei den am 31. August und 7. September stattgefundenen Gemeinderatswahlen in Aalen/Waldhausen und Herrenberg/Attstätt sowie Mühlacker/Lomersheim zu verzeichnen.*

### Das NATO-Hauptquartier

*in Casteau (Belgien) kürzt trotz ständig wachsender Verteidigungsaufgaben seinen Personalbestand um fünf v. H. aus Einsparungsgründen.*

### Erhebliche Unterschiede

*bestehen zwischen der offiziellen und der internen Beurteilung der Lage durch die Bundesregierung, wie aus vertraulichen Gesprächen Schmidts mit Industriellen hervorgeht, berichtet der Platow-Brief.*

## ■ EUROPA

### Parteien der Mitte bilden gemeinsame Dachorganisation

**Die in Schloß Klesheim bei Salzburg versammelten Vorsitzenden von 25 christlich-demokratischen, konservativen und Zentrumsparteien Europas stellten nach eingehender Aussprache über die politische, wirtschaftliche und soziale Lage in einer Resolution am 9. September einvernehmlich fest:**

**D**er Sozialismus in Europa hat seinen Höhepunkt überschritten — die bei der Klesheimer Tagung vertretenen Parteien stellen die stärkste realistische und demokratische Alternative dar.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage in Europa ist durch eine wachsende Arbeitslosigkeit verbunden mit hohen Inflationsraten gekennzeichnet. Keine sozialistisch geführte Regierung war bisher in der Lage, die Stagflation zu bekämpfen und den Weg zu einem Aufschwung der Wirtschaft zu finden.

Es besteht Übereinstimmung, daß die Zusammenarbeit über die Grenzen Europas hinweg die Voraussetzung für die Bewältigung der Probleme der industrialisierten Welt von heute ist.

Die in Klesheim vertretenen Parteien werden alles in ihren Kräften Stehende tun, um die Demokratie und den Pluralismus in Portugal zu stärken. Die Parteiführer fordern die europäischen sozialistischen Parteien auf, auf die

portugiesischen Sozialisten einzuwirken, daß sie keine Koalition mit den Kommunisten eingehen. Jede Kooperation mit den Kommunisten endet aus historischer Erfahrung mit Unfreiheit und Diktatur.

Die Parteiführer sind in der Auffassung einig, daß eine Erneuerung und Belebung des Grundsatzdenkens der Parteien notwendig ist. Die prinzipiellen Entscheidungen für Gegenwart und Zukunft einer freien Gesellschaftsordnung in den Demokratien Europas können nicht mit tagespolitischem Pragmatismus bewältigt werden. Nur mit einem überzeugenden und lebendigen Eintreten für die unveränderlichen Werte der Freiheit und Würde des Menschen kann eine offene und demokratische Gesellschaft gewährleistet werden.

Um diese Ziele zu erreichen, werden die in Klesheim vertretenen Parteien ihre Kontakte intensivieren, um durch regelmäßigen Gedankenaustausch eine bessere Zusammenarbeit zu gewährleisten. Zur Realisierung wurde beschlossen:

Die Klesheimer Gespräche zu einer jährlich stattfindenden Einrichtung zu machen,

eine europäische Formation als kontinentale Dachorganisation der in Klesheim vertretenen Parteien raschest anzustreben und die dafür notwendigen Vorbereitungen zu treffen.

Helmut Kohl erklärte zu der Resolution: Ich gehe davon aus, daß langfristig oder mittelfristig eine Entwicklung zum vereinten Europa nur möglich wird, wenn auch eine entsprechende Parteilagergruppierung durchgänglich in allen Ländern vorhanden ist. Und wenn es nur ein Dachverband ist. Da lassen sich sicherlich auch organisationspolitisch eine Reihe von Schemata denken.

## ■ DEUTSCHLANDPOLITIK

# Helmut Kohl wird in Moskau die deutschen Interessen vertreten

**Helmut Kohl wird am 22. September in die UdSSR reisen. Aus diesem Anlaß gab er dem „Südkurier“ ein Interview, das wir im Wortlaut wiedergeben.**

**Frage:** Herr Dr. Kohl, Sie haben eine Einladung zu einem Besuch der Sowjetunion angenommen. Mit welchen Erwartungen werden Sie nach Moskau reisen?

**Antwort:** Ich bin zu einem offiziellen Besuch der UdSSR eingeladen worden. Diese Einladung habe ich selbstverständlich angenommen. Gerade für mich als Kanzlerkandidaten der CDU/CSU wie als Vorsitzender einer Partei, die in der Opposition steht, ist es wichtig, sich an Ort und Stelle über die sowjetische Politik zu orientieren. Die Opposition hat es im Bereich der auswärtigen Politik viel schwerer als die Bundesregierung, die dank ihres Regierungsapparates über viel mehr Informationen verfügen kann. Im Mittelpunkt meines Besuches in der UdSSR werden deshalb die politischen Gespräche stehen.

Die Geschichte hat uns gelehrt, daß das Verhältnis zwischen beiden Staaten für den Frieden in ganz Europa von zentraler Bedeutung ist. Es ist daher für uns selbstverständlich, daß wir uns ständig und intensiv um möglichst normale und gutnachbarliche Beziehungen mit der Sowjetunion wie mit allen anderen osteuropäischen Staaten bemühen.

Gerade in diesen Tagen jährt sich der 20. Jahrestag der Verhandlungen, die Konrad Adenauer 1955 in Moskau geführt hat. Jeder weiß, daß diese von einem CDU-Kanzler geführten Verhandlungen erfolgreich waren, erfolgreich vor allem deshalb, weil die Ergebnisse für beide Seiten verlässlich waren.

**Frage:** Der SPD-Vorsitzende Brandt war erst vor kurzem beim sowjetischen KP-Vorsitzenden Breschnjew, Außenminister Genscher trifft öfters mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko zusammen. Was werden Sie in Moskau anderes sagen, als z. B. der SPD-Vorsitzende oder der Bundesaußenminister?

**Antwort:** Ich reise als Kanzlerkandidat der CDU/CSU. Als solcher werde ich auch die Gelegenheit nutzen, meinen Gesprächspartnern die Politik meiner eigenen Partei vorzutragen und zu erläutern. Das ist ja auch der Sinn solcher Reisen. Ich reise aber auch als Repräsentant meines Landes. Meine Aufgabe ist es, und dies gilt für jeden Politiker, der ins Ausland fährt, die Interessen meines Landes zu vertreten. Und dies werde ich tun.

**Frage:** Sie waren neulich zum zweitenmal privat in der DDR, Sie besuchen von West-Berlin aus auch regelmäßig den östlichen Teil der Stadt. Wären Sie bereit, auch etwa mit SED-Chef Honecker, Ministerpräsident Sindermann oder einem Vertreter der CDU der DDR zusammenzutreffen?

**Antwort:** Ich habe wiederholt alle Bürger der Bundesrepublik und insbeson-

dere alle Mitglieder meiner Partei dazu aufgerufen, in die DDR zu reisen, so oft dies möglich ist. Wir können nicht von der einen deutschen Nation sprechen, von der Zusammengehörigkeit aller Deutschen, von dem Ziel der Einheit Deutschlands, wenn wir nicht auch gleichzeitig alle Möglichkeiten ausschöpfen, diesen Willen unter Beweis zu stellen.

Es reicht aber nicht aus, wenn ich dazu aufrufe. Ich muß es selbst tun. Und deshalb werde ich auch zukünftig regelmäßig in die DDR reisen.

Für offizielle Gespräche mit Vertretern der DDR-Regierung sehe ich keinen aktuellen Anlaß. Die bestehenden Probleme in den innerdeutschen Beziehungen können nur auf Regierungsebene

geregelt werden. Und da wäre es in der Tat an der Zeit, daß die Bundesregierung auf die Einlösung der Absichtserklärungen und Zusatzabkommen drängen würde, die die DDR im Rahmen des Grundvertrages zugesagt hat. Denn diese betreffen ja gerade die uns interessierenden menschlichen Erleichterungen.

Kontakte auf Parteiebene mit Vertretern der Ost-CDU lehne ich prinzipiell ab. Die Ost-CDU ist nie eine eigenständige Partei gewesen. Sie unterscheidet sich in ihrer Politik in nichts von der SED. Diese ist eine Blockpartei und ihre einzige Aufgabe besteht darin, eine in Wirklichkeit nicht vorhandene Parteivielzahl zu dokumentieren. Und dazu werden wir nicht auch noch unsere Unterstützung geben.

## Testfall für Schmidt und die KSZE

**Die Abmachungen mit Polen sind ein Testfall für die KSZE-Vereinbarungen, die von der Bundesregierung als ein großer Schritt auf dem Wege der „Entspannung“ gepriesen wurden, stellte Prof. Abelein fest.**

**D**ie Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen enthalten die gleichen Fehler, wie die in der Vergangenheit mit den Ostblockstaaten abgeschlossenen Verträge. Sie beruhen nicht auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit von Leistung und Gegenleistung. Die Bundesregierung verpflichtet sich zur Zahlung von Milliardenbeträgen, die Ausreise der deutschen Aussiedler ist hingegen keineswegs garantiert. Es sei daran erinnert, daß Polen bereits in der Vergangenheit ganz ähnliche Versprechen abgeben hat. Statt sie zu erfül-

len, stellte es neue finanzielle Forderungen.

Hat der Bundeskanzler in seinen Gesprächen mit Gierek gefordert, daß die Ausreisegenehmigungen unter Beachtung der Menschenrechte auf der Grundlage internationaler Vereinbarungen wie der UNO-Charta, dem Roten-Kreuz-Abkommen von Toronto und aus der KSZE erteilt werden?

Hat der Bundeskanzler die Probleme der Deutschen angesprochen, die gegen ihren Willen in Polen bleiben müssen? Ist er seiner verfassungsrechtlichen Pflicht nachgekommen, für den Schutz dieser Deutschen nach besten Kräften zu sorgen? Werden sie endlich ihre Muttersprache sprechen, deutsche Schulen gründen, Kulturveranstaltungen und Gottesdienste in deutscher Sprache abhalten dürfen? Ist sichergestellt, daß ihnen in Zukunft im Berufs- und Privatleben Schikanen von seiten der polnischen Verwaltung erspart bleiben?

## ■ VERFASSUNGSSCHUTZ

# Bundesregierung duldet Einmischung aus DDR und Ostblock

**Die Bundesregierung macht zwar seit Jahren in ihrem Verfassungsschutzbericht Angaben über die massive finanzielle, politische und ideologische Unterstützung der DKP und ihrer Gefolgsleute aus der DDR und den Staaten des „sozialistischen Lagers“. Sie hat aber offenbar nichts zu der Frage zu sagen, was sie gegen diese Unterstützung verfassungsfeindlicher Zielsetzungen durch Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Landes unternimmt.**

**W**eder nutzt sie die Position des Grundvertrages, der solche Einmischung verbietet, noch vermag sie sich dazu aufzurufen, KP-Funktionären aus Ostblockländern die Einreise zu verweigern, wenn sie DKP-Aktionen hier im Lande unterstützen wollen.

Die aus dem Regierungslager so oft beschworene politische Bekämpfung der DKP ist weder mit der bloßen Verbreitung umfangreicher Verfassungsschutzberichte noch mit der bloßen verbalen Bestätigung ihrer verfassungsfeindlichen Zielsetzung zu schaffen.

SED-Chef Honecker ist dreist genug, Berichte und Äußerungen in unserer freien Presse als Einmischung in innere Angelegenheiten der DDR und Erschwerung der „Normalisierung“ zu bezeichnen. Die Bundesregierung hält es dagegen offenbar nicht für opportun, gegen die Unterhaltung einer umfangrei-

chen Satelliten-Partei in unserem Lande durch die SED anzugehen, die nun wirklich eine kaum noch zu überbietende Einmischung darstellt.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher die Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage aufgefordert, ihre Gründe und Motive für dieses Verhalten offenzulegen (siehe auch UfD Nr. 36, Seite 2). Dazu heißt es u. a.:

Nach Mitteilung der Bundesregierung und verschiedener Länder werden die DKP und Organisationen und Einrichtungen in ihrem Einflußbereich jährlich mit erheblichen Mitteln — allein für die DKP 1974 etwa 30 Mio. DM — durch die „Westabteilung“ der SED finanziell unterstützt.

### Bonn läßt Infiltranten unbehelligt einreisen

Die SED unterhält zur DKP und zur SEW und deren Hilfsorganisationen enge „besondere“ Beziehungen, die weit über den Rahmen sonst üblicher Solidarität zwischen kommunistischen Parteien hinausgehen. Die tätige Solidarität der SED kommt u. a. darin zum Ausdruck, daß allein im ersten Halbjahr z. B. Paul Verner, Politbüromitglied und Sekretär des ZK der SED, Prof. Dr. W. Pfaff, Lehrstuhlleiter am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Prof. Dr. J. Kuczynski, SED-Wirtschaftswissenschaftler, Anita Gläser,

Volkskammerabgeordnete, sowie der Vizepräsident des Kulturbundes der DDR, zahlreiche Referenten einschließlich solcher vom Institut für Internationale, für Politik und Wirtschaft, das eine wichtige Funktion in der subversiven Arbeit gegen die Bundesrepublik Deutschland ausübt, an öffentlichen und internen Veranstaltungen der DKP und ihrer Hilfsorganisationen wie der Marxistischen Arbeiterbildung, der Naturfreundejugend usw. teilnahmen.

## Peinliche Fragen an die Bundesregierung

In der gleichen Zeit besuchten zahlreiche Parteifunktionäre, einzeln und in Delegationen, aus Ostblockländern die DKP, die SEW und von ihnen getragene Veranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) z. B. Prof. Dr. Tschecharin, Rektor der Parteihochschule beim ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschew, Mitglied des ZK der KPdSU sowie Delegationen des Komitees der Sowjetfrauen, des Leninschen Konsomol und der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei.

Die CDU/CSU fragt die Bundesregierung:

1. Welche Organisationen und Einrichtungen neben der DKP selbst und ihren Hilfsorganisationen SDAJ, Junge Pioniere und MSB Spartakus werden von der SED direkt oder indirekt nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich unterstützt?
2. Welche Argumente oder Gesichtspunkte können die massive politische, ideologische und finanzielle Unterstützung der DKP und ihrer Hilfsorganisationen durch die SED nach Auffassung der Bundesregierung rechtfertigen angesichts des Vertrages vom 8. Novem-

ber 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, insbesondere des darin vereinbarten Respekts der Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten?

3. Wenn die dargestellte Unterstützung mit dem Vertrag vom 8. November 1972 nicht in Übereinstimmung ist: Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die DDR zu einem Verhalten zu bewegen, das mit dem Vertrag vereinbar ist?

4. Sind die Aktivitäten von Parteifunktionären aus dem sozialistischen Ausland in der Bundesrepublik Deutschland zugunsten der verfassungsfeindliche Ziele verfolgenden DKP und ihrer Hilfsorganisationen nach Auffassung der Bundesregierung mit dem Verbot politischer Betätigung von Ausländern, die die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gefährdet, vereinbar und beeinträchtigen sie auch sonst keine erheblichen Belange der Bundesrepublik Deutschland?

## Die USA verweigern DKP-Funktionären die Einreise

5. Wenn die Frage 4. verneint wird: Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Erteilung von Einreisevisa für solche Funktionäre und ist sie bereit, künftig diesen Funktionären die Einreise zu verweigern, wie das die USA schon jetzt gegenüber DKP-Funktionären tun?

Wenn die Frage 4. bejaht wird: Ist die Bundesregierung bereit, Vorschläge zur Änderung des Ausländergesetzes vorzulegen, die wenigstens künftig die Verweigerung der Einreise für solche Funktionäre gestattet?

## ■ KOALITION

### Am Radikalen-Erlaß scheiden sich die Geister

Für den Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (SPD) ist die DKP eine „nicht verbotene, verfassungswidrige Partei“, die FDP erblickt in den Kommunisten hingegen „kritische Demokraten“. Dieses unterschiedliche Verständnis führte jetzt in der Hansestadt zu einer neuen Kontroverse: Die SPD-Mehrheit im Senat verwehrt dem 32jährigen Studienrat Thomas Erdner die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit und leitete ein Entlassungsverfahren ein. Die Behörde hatte Zweifel an seiner Verfassungstreue angemeldet aufgrund von Erdners Zugehörigkeit zur DKP. Ulrich Klug, einziger anwesender FDP-Senator, stellte sich hingegen voll hinter den Kandidaten.

### „Sparbeschlüsse“ teuer verkauft

Die Bundesregierung plant offensichtlich, ihre sogenannten Sparbeschlüsse teuer zu verkaufen, erklärte Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Bilke. Oder was soll es sonst für einen Grund haben, daß nach den Planungen für den Bundeshaushalt 1976 der Haushaltstitel 53 103 für die politische Öffentlichkeitsarbeit im Inland um 22,2% auf insgesamt 15,4 Mio. DM erhöht werden soll? Übrigens wurde aus diesem Titel bisher auch die Öffentlichkeitsarbeit des Auswärtigen Amtes bezahlt.

Im Haushaltstitel 53 105 wird hier nun erstmals ein eigener Betrag eingesetzt, und zwar in Höhe von 1,9 Mio. DM. Es geht der Bundesregierung wohl nicht nur darum, ihre „Sparbeschlüsse“ teuer

zu verkaufen, sondern auch für die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes entsprechende Mittel einzusetzen. Es grenzt schon an Verwilderung der politischen Sitten, wenn die Regierung lautstark von ihrem unermüdlichen Sparwillen spricht, gleichzeitig aber für ihre Propaganda ständig steigende Summen einplant. Daß diese Tatsache für die interessierte Öffentlichkeit gerade im Hinblick auf die Bundestagswahl des nächsten Jahres von besonderer Bedeutung ist, versteht sich von selbst.

### Karsten Voigt erhält einen Gegenkandidaten

Die rechten Sozialdemokraten wollen den Wahlkreis 140 (westliches Frankfurt und Main-Taunus-Kreis) nicht kampfflos den Parteilinken überlassen, nachdem Verteidigungsminister Georg Leber auf diesen seinen angestammten Wahlkreis vor zwei Wochen offiziell verzichtet und damit den Weg für den ehemaligen Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten, Karsten D. Voigt, freigemacht hatte. Während es zunächst den Anschein hatte, daß Voigt in der für den 31. Oktober 1975 festgesetzten Wahlkreisdelegiertenkonferenz keinen Konkurrenten haben würde, haben jetzt die Rechten aus dem Main-Taunus-Kreis einen populären und profilierten SPD-Kommunalpolitiker in Südhessen, den jetzigen Hattersheimer Stadtrat Konrad Treber (50), in das Rennen um die Kandidatur geschickt.

### Jusos machen Brandt zu ihrem Kronzeugen

Für den Parteitag des stärksten SPD-Bezirks westliches Westfalen am 20. September in Dortmund haben fünf westfälische Juso-Vorstandsmitglieder eine 23 Seiten starke Dokumentation

mit massiver Kritik an der SPD-Bezirksspitze zusammengetragen. Kernvorwurf: „Stück für Stück der bisherigen Praxis freier Diskussion“ werde in der westfälischen SPD „demontiert“. Zum Kronzeugen wird Willy Brandt gemacht, der auf dem Dortmunder Parteitag sprechen wird. Brandt habe selbst einmal zur Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD erklärt, die Arbeit vor Ort solle „gewiß nicht behindert oder stranguliert werden“. Im Gegensatz zur Meinung und Absicht Willy Brandts werde die konkrete Arbeit vor Ort behindert und die Juso-Organisation „stranguliert“.

## Nach 24 SPD-Jahren zur CDU

In die CDU eingetreten ist der stellvertretende Landesvorsitzende des hessischen Elternvereins und Leiter der Hohen Landerschule in Hanau, Oberstudienrat Wolfgang Haseloff. Haseloff war am 20. Juni durch Entscheidung der Schiedskommission des SPD-Unterbezirks Main-Kinzing wegen „partei-schädigenden Verhaltens“ aus der SPD ausgeschlossen worden, der er 24 Jahre lang angehört hatte. Die SPD hatte ihm vorgeworfen, er habe sich nicht an Abmachungen gehalten, während des Wahlkampfes mit seiner Kritik an den umstrittenen Rahmenrichtlinien für Deutsch und Gesellschaftslehre zurückzuhalten.

## Persönlichkeitswerbung mit Steuergeldern

Den Mißbrauch von Steuergeldern für die persönliche Selbstdarstellung von Minister Matthöfer prangerte der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU, Christian Lenzer MdB, an: Mit ei-

nem vom Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages auf Drängen der Bundesregierung bewilligten Zusatzbetrag von 800 000 DM für das Haushaltsjahr 1975 sollten im Rahmen einer speziellen Öffentlichkeitsarbeit die Vorteile aber auch die Nachteile der Kernenergie in geeigneter Form den Bürgern klargemacht werden. Verantwortlich für die Verwaltung dieser Gelder ist der Bundesforschungsminister Matthöfer. Statt eine parteipolitisch neutrale Öffentlichkeitsarbeit aus diesen Mitteln zu finanzieren, werden sie dazu mißbraucht, die Kosten von Veranstaltungen zu tragen, die stets den Minister im Mittelpunkt der Aktion zeigen. Der Minister wird von der Unionsfraktion aufgefordert, alle weiteren Aktionen in dieser Richtung sofort zu unterlassen.

## Daß wir hier bauen, verdanken wir dem . . .

Rücksicht auf den linken Flügel der eigenen Partei, auf die Arbeitslosigkeit, auf die Bundestagswahl 1976 und damit auf die öffentliche Meinung zwingen Helmut Schmidt dazu, halbherzige Entscheidungen als Patentlösung zu „verkaufen“. So wird das „Winterhilfswerk“ für die Bauwirtschaft mit den nicht hinten und vorn reichenden 5,8 Milliarden Mark als Programm zur Konjunkturankurbelung hochgelobt. Wie die „Deutsche Zeitung“ berichtet, sollen Schilder allenthalben an den Baustellen von des Kanzlers Wohltat künden. „Peinlich, denn Schmidt selber und noch viele Millionen Menschen dürften sich noch jener Baustellenschilder erinnern, auf denen stand: ‚Daß wir hier bauen, verdanken wir dem Führer‘“, schreibt die „Deutsche Zeitung“ hierzu.

## ■ SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

# Rechte der Verbraucher sollen gestärkt werden

**Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik bekennt sich zur freien Marktwirtschaft. Ihr ist die soziale Zweckrichtung zugeordnet. Die grundsätzliche Freiheit der Wirtschaftskräfte unterliegt daher Beschränkungen, die sich aus den Gründen des allgemeinen Wohls und aus dem Gerechtigkeitsgebot ergeben.**

**D**ie Unionsparteien sind stets für alle Maßnahmen eingetreten, die das Gleichgewicht der Marktpartner sichern und fördern. Dieses für den freien Markt grundlegende Prinzip ist im Bereich des Wettbewerbs schon lange allgemein anerkannt. Seiner Gewährleistung dienen insbesondere das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

Erst seit einiger Zeit rückt daneben immer stärker auch der Verbraucher als Marktpartner in das Interesse der Öffentlichkeit. Dem großen Gewicht der gesamten Verbraucherschaft als Marktpartner einerseits steht die relative Ohnmacht des einzelnen Bürgers als Verbraucher im Wirtschaftsverkehr gegenüber. Der Verbraucher befindet sich beim Vertragsabschluß mit dem ihm meist weit überlegenen Partner der Wirtschaft in einer oft sehr ungünstigen Lage.

Diese Unterlegenheit zeigt sich in der wirtschaftlich schwächeren Lage, in seinem meist unzulänglichen Informationsstand, in Beschränkungen der Rechtsstellung des Verbrauchers und schließlich auch in dem Defizit an Organisierbarkeit der anonymen Verbraucherschaft. Diesen Benachteiligungen entgegenzuwirken, muß Gegenstand vielfältiger Bemühungen in den verschiedensten Bereichen sein.

Für den Rechtspolitiker stellt sich dabei die Aufgabe, den Verbraucher in seiner rechtlichen Stellung als Marktpartner zu stärken. Vor allem geht es darum, zu verhindern, daß der unser Vertragsrecht beherrschende Grundsatz der Vertragsfreiheit durch übermächtige Vertragspartner einseitig zu ihren Gunsten und zum Nachteil der Verbraucher mißbraucht wird.

### **Keine Ausnutzung des schwächeren Partners mehr**

Die Rechtspolitik der Unionsparteien ist daher im Wirtschafts- und Verbraucherschutzbereich auf Sicherung der Vertragsfreiheit gerichtet; sie bekämpft ihre einseitige Ausnutzung zu Lasten des schwächeren Partners.

Ein besonders bedeutsamer Schritt auf diesem Weg war das auf eine Initiative der Bayerischen Staatsregierung zurückgehende grundsätzliche Verbot von Gerichtsstandsvereinbarungen. Es stellt

sicher, daß sich der Bürger nicht mehr durch eine ihm aufgezwungene Gerichtsstandsvereinbarung sein Recht weit entfernt von seinem Wohnort suchen muß.

Im Vertragsrecht wird das in der Regel angemessene Recht des Bürgerlichen Gesetzbuchs weithin durch Allgemeine Geschäftsbedingungen verdrängt, das oft berichtigte „Kleingedruckte“. Die Unionsparteien setzen sich hier mit Nachdruck für eine Verbesserung der Rechte des Bürgers durch Beschneidung von Mißbräuchen ein. Bereits im Januar 1975 hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf vorgelegt.

Wesentliche Vorarbeiten hat eine Fachkommission des Bundesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen geleistet. Vor kurzem folgte ein Entwurf der Bundesregierung.

Wichtige Verbesserungsvorschläge zu diesem hat soeben der Bundesrat gemacht, der dabei weithin Vorschlägen der Bayerischen Staatsregierung folgte. Insbesondere ist hier eine Ergänzung um einen verfahrensrechtlichen Teil zu erwähnen, der erst die Wirksamkeit der neuen materiellrechtlichen Regelungen gewährleistet.

### **Achttägliches Widerrufsrecht bei „Haustür-Verträgen“**

Mehr Überlegungsfreiheit will ferner ein Initiativentwurf des Bundesrates dem Verbraucher schaffen: Ähnlich wie jetzt schon bei Abzahlungsgeschäften soll er bei allen an seiner Haustür, auf sogenannten „Kaffeefahrten“ und unter vergleichbaren Umständen geschlossenen Verträgen ein achttägliches Widerrufsrecht erhalten.

In den Fachgremien der Unionsparteien werden derzeit weitere Möglichkeiten geprüft, die Rechtsstellung des Bürgers als Verbraucher zu verbessern. Dabei stehen naturgemäß solche Problemkreise im Vordergrund, von denen der Verbraucher besonders betroffen wird: die Verbesserung seiner Stellung, soweit er Opfer einer unlauteren Werbung ist; die Beschneidung von Mißbräuchen bei der Darlehensvermittlung; die Verbesserung seiner Rechte im Bereich drittfinanzierter Geschäfte, insbesondere des finanzierten Abzahlungskaufs; der Verbesserung der außervertraglichen Haftung für mangelbehaftete Erzeugnisse usw.

### **Gleichgewicht der Marktpartner nicht beeinträchtigen**

Im verfahrensrechtlichen Bereich werden vor allem Maßnahmen zu erwägen sein, durch die eine Stärkung der Verbraucherverbände erreicht werden kann. Durch die größtmögliche Förderung dieser Verbände kann die Schwäche des einzelnen Verbrauchers in gewissem Umfang ausgeglichen werden.

Insgesamt werden die Unionsparteien weiterhin nachdrücklich dafür eintreten, den Verbraucher als Vertragspartner in einer freien und sozialen Marktwirtschaft, wo immer dies geht, zu stärken. Die großen Vorzüge, die diese Marktwirtschaftsordnung gerade für den Verbraucher bietet, können auf die Dauer nur erhalten werden, wenn das Gleichgewicht der Marktpartner im wesentlichen nicht beeinträchtigt ist. Deswegen ist einseitiger, mißbräuchlicher Ausnutzung der Vertragsfreiheit ebenso entgegenzuwirken, wie alle Ansätze staatlicher Wirtschaftslenkung zu bekämpfen sind.

## ■ MEDIENPOLITIK

# SPD verschleiert beherrschenden Einfluß bei Hörfunk und Fernsehen

**Auf allen Ebenen sind sozialdemokratische Medienpolitiker in diesen Wochen krampfhaft bestrebt, den Unionsparteien eine Art Einschüchterungspolitik gegenüber den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nachzusagen. Das Ziel solcher Bemühungen ist allzu deutlich: Die SPD will vor den Augen und Ohren der Bürger in unserem Lande vergessen machen, daß sie selbst den beherrschenden Einfluß in Hörfunk und Fernsehen ausübt und weiter auszubauen entschlossen ist.**

Dies ist ein Vorgang, der beispiellos in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland dasteht. Hierzu stellt der stellv. Sprecher der CDU, Karl Hugo Pruys, fest: Es muß daran erinnert werden, daß die Parteien als Institutionen, die laut Gesetz berufen sind, „auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluß zu nehmen“, mit anderen für die öffentlich-rechtliche Rundfunkorganisation Verantwortung tragen. Von daher versteht es sich von selbst, daß sie die Arbeit der Anstalten aufmerksam beobachten und gelegentlich auch mit Kritik begleiten. Mit „Einschüchterung“ oder gar Beeinträchtigung der Rundfunkfreiheit, wie einige vorschnelle Koalitionspartner meinen, hat dies überhaupt nichts zu tun.

Wer die Entwicklung der Programme in den elektronischen Medien in den letzten Jahren verfolgt hat, kann ernst-

haft nicht der Meinung sein, dort werde überwiegend der Union das Wort geredet. Umgekehrt wird eher ein Schuh daraus: Die SPD hat in den meisten Anstalten — nicht nur in den Leitungsebenen, sondern vor allem auch unter den Programm-Machern — eindeutig das Sagen. Worauf dies im einzelnen zurückzuführen sein mag, soll hier einmal unerörtert bleiben. An der Tatsache selbst kann die SPD jedoch nicht vorbeigehen.

Wenn der SPD-„Medienexperte“ Dröschner (Rheinland-Pfalz) beispielsweise von einem „Großangriff“ der Union auf die Institutionen Hörfunk und Fernsehen lamentiert, steckt dahinter eine Behauptung, die sich durch Fakten nicht belegen läßt. Sie ist unqualifizierbare Vernebelungspropaganda, die — auf ihre Kernaussagen reduziert — sich selbst widerlegt.

Es ist jedermanns gutes Recht, die Produktionen von Hörfunk und Fernsehen zu kritisieren — wie es die CDU gelegentlich tut — wie umgekehrt die Programm-Macher selber die Gesellschaft und ihre Institutionen (mit von der Verfassung verbrieftem Recht) — zu kritisieren pflegen.

Schließlich hat die CDU — auch das muß an dieser Stelle einmal gesagt werden — den Unmut der Fernsehzuschauer und Radiohörer über gewisse Programme nicht erfunden. Sie hat ihn lediglich artikuliert, weil es offenkundig an der Zeit ist, dies zu tun.

## ■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

# Wirtschafts- und Finanzkrise

In der UfD-Ausgabe 37/75 haben wir Ihnen zahlreiche Informationsmaterialien vorgestellt, mit denen Sie Ihre Aktionen im Hinblick auf das derzeit aktuelle Thema Wirtschafts- und Finanzkrise bestreiten sollten. Die wichtigsten Materialien stellen wir Ihnen in dieser Ausgabe erneut vor.

Weisen Sie bei Ihren Veranstaltungen auf die Versäumnisse der SPD/FDP-Bundesregierung hin!

Seit langem versprechen uns die Regierungspropheten den Aufschwung. SPD-Kanzler Schmidt und sein Finanzminister Apel haben an einem Sparprogramm gebastelt. Das Ergebnis: Anstatt die Staatsausgaben drastisch zu kürzen und damit wirksam zu sparen, wollen der Kanzler und sein Kassierer die Steuern erhöhen.

Das soziale Netz, das die Union während ihrer 20jährigen Regierungszeit aufgebaut hat, beginnt nun zu reißen. Die ersten Löcher sind sichtbar. Deshalb wird es höchste Zeit, daß in Deutschland wieder eine verantwortungsbewußte Politik betrieben wird. Unsere Bevölkerung weiß, daß die Situation verfahren ist. Um so mehr gilt es jetzt, deutlich zu machen, daß CDU und CSU die einzige Alternative zu der Linkskoalition sind.

Sechs Jahre SPD/FDP. Das Ergebnis: 40 Milliarden Schulden des Bundes, 2 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter, 3,5 Prozent Wirtschaftsrückgang. Jeden Tag macht Bundeskanzler Schmidt 100 Millionen Schulden, sowie viel 11.370 Volkswagen kosten. Doch: statt zu sparen, erhöht Schmidt die Steuern und greift uns Bürgern in die Tasche.

### Das Programm der Union

zur Wiederbelebung der Wirtschaft, Überwindung der Arbeitslosigkeit und Sanierung der Staatfinanzen. Vorgelagt von Dr. Gerhard Stoltenberg am 5. 9. 1975 auf der Bundespresskonferenz in Bonn.

- 1 Wir wollen die Arbeitslosigkeit überwinden: durch Anknüpfung der Wirtschaft und gezielte steuerliche Hilfen für unsere Betriebe. Das schafft neue Arbeitsplätze.
- 2 Die CDU/CSU lehnt die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab. Im Bundeshaushalt muß mehr gespart werden.
- 3 Die Opposition schlägt keine neuen Gesetze vor, die Geld kosten. Sie verlangt dasselbe von der Regierung.
- 4 Die Verstaatlichung muß vereinfacht werden, um dem Bürger Kosten zu ersparen.
- 5 Die Union fordert Unternehmer und Gewerkschaften zu vernünftigen Lohnabschlüssen auf. Zugleich muß etwas für die Vermögensbildung der Arbeitnehmer getan werden.
- 6 Die Regierung soll endlich die Karten auf den Tisch legen: sie muß die Finanzkrise eingestehen, ohne Beschönigungen und Verschleiерungen.

Die Union kann und wird auch unpopuläre Maßnahmen mittragen, wenn sie geeignet sind, die jetzt offenbar gewordene Krise zu überwinden. Unser Programm liegt vor. Allein Helmut Kohl und die CDU/CSU werden mit ihrem Programm allen Bürgern, den Sparern und der Wirtschaft, den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern, das Vertrauen in eine sichere Zukunft zurückgeben. Nur so geht es wieder bergauf. Nur so sind unsere Arbeitsplätze zu sichern.

- Die CDU schafft wieder Arbeit.
- Die CDU sorgt für solide Staatfinanzen.
- Die CDU sichert den Wohlstand.

Alternative '76  
CDU

Die Abbildung zeigt die Textseite des Flugblattes „Was können wir Ihnen eigentlich noch glauben, Herr Bundeskanzler?“ Auf der Vorderseite ist der ratlose SPD-Kanzler zu sehen. Gleichzeitig sind einige seiner markigen Sprüche der Vergangenheit abgedruckt. Das Flugblatt hat das Format DIN A 5 und ist 2farbig (schwarz-rot) gestaltet.

Mindestabnahme: 1 000 Exemplare  
Preis: 10 DM pro 1 000 Exemplare  
Best.-Nr.: 1380

**Serie: „Argumente — Dokumente — Materialien“:**

„6 Jahre Mißwirtschaft.

Das Scheitern der Linkskoalition in der Wirtschafts- und Finanzpolitik“

Umfang: 8 Seiten

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 0,11 DM je Exemplar

**Best.-Nr.: 5382**

**Argumentationskarte:**

„Wirtschafts- und Finanzkrise“

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis: 3,— DM je 100 Exemplare

**Best.-Nr.: 6381**

Die obige Broschüre und die Argumentationskarte vermitteln Ihnen die notwendigen Fakten, mit denen Sie das Versagen der Bundesregierung belegen und deutlich machen können, daß es Zeit ist, die Linkskoalition abzuwählen.

**Kleinanzeigen**

sind wirksam und gar nicht teuer. Schalten Sie daher eine Kleinanzeige in Ihrer Tageszeitung ein.

Zwei Textvorschläge finden Sie hier:

1. Vorschlag

**40 Milliarden Staatsschulden.**

**2 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter.**

**3,5 Prozent Wirtschaftsrückgang.**

**6 Jahre SPD/FDP.**

**Alternative '76  
CDU**

2. Vorschlag

**40 Milliarden Schulden — mußte das sein?**

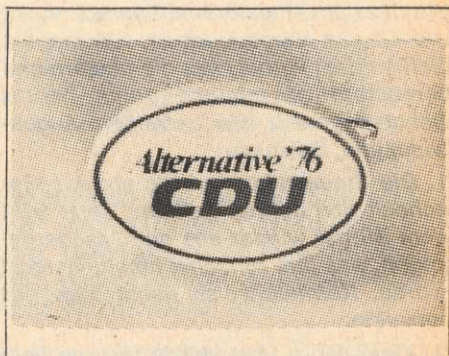
**2 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter — mußte das sein?**

**3,5 Prozent Wirtschaftsrückgang — mußte das sein?**

**6 Jahre SPD/FDP — mußte das sein?**

**Alternative '76  
CDU**

**Neu im Angebot:**



Die Abbildung zeigt den neuen Ansteckbutton in Originalgröße. Er ist in der Grundfarbe weiß und hat einen feinen roten Rand. Das CDU-Signet ist rot.

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis: 7,80 DM je 100 Exemplare

**Best.-Nr.: 9379**

Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 483 Gütersloh 1, Postf. 6666, Telex 9 33 753 iserv d. Alle Preise verstehen sich inkl. Verpackungskosten zuzüglich Porto- bzw. Frachtkosten und Mehrwertsteuer.

## ZITAT

### Wenn Minister reden ...

*Wenn Minister den Mund aufmachen, dann reden sie vom Sparen, denn sparen, so glauben sie, ist populär. So auch gestern. Apel und Maihofer verkündeten Beschlüsse, die jeder Zeitungsleser längst kennt: Noch mehr Steuern, höhere Abgaben, ein paar Einschränkungen für Beamte, Angestellte, Bauern und Studenten. Die Aufschreie der Organisationen sind Pflichtübungen. Den Gruppen wird wenig genommen, der Staat langt bei allen zu.*

*Worüber die Minister nicht sprechen, ist die jüngste Vergangenheit. Sie mogeln sich an dem vorbei, was sie gestern und vorgestern gesagt und getan haben. Schlicht gesagt, sie betreiben Augenschere, Beispiele:*

1. Die Steuerreform wurde als das Geschenk des Jahres gefeiert. Jetzt wird dem Bürger wieder aus der Tasche gezogen, was ihm zunächst hineingesteckt wurde. Normalerweise nennt man das unsolide.

2. Viele Jahre lang wurde für den Lehrerberuf geworben. Und jetzt? Tut uns leid, wir haben uns verschätzt. In der Privatwirtschaft nennt man das Mißmanagement.

3. Privilegien und Vergünstigungen im öffentlichen Dienst wurden verteilt und

### Anschrift:

*angepriesen, als sei der Staat ein Selbstbedienungsladen. Heute heißt es: Wir bedauern, wir waren zu großzügig. Präziser gesagt: Auch hier Mißmanagement.*

4. Reformen wurden angeboten wie warme Semmeln, und alle Parteien stimmten zu. An die Folgekosten dachte niemand. Heute: Wir haben uns übernommen ...

*Die Liste der Beispiele läßt sich verlängern. Der Bürger aber fragt sich, wer in der Regierung und im Beamtenapparat eigentlich nachgedacht hat. Es ist eine bequeme Ausrede, die Gründe für die heutige Lage in der weltweiten Rezession zu suchen. Das ist nur ein Viertel der Wahrheit. Der große Rest ist hausgemacht.*

*Bilanz: Beifall haben die Regierenden nicht verdient. Was sie heute tun müssen, hätten sie sich ersparen können.*

**Neue Ruhr-Zeitung (SPD-nahe)  
12. September 1975**

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

# UiD